



**F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n**

**Rede des Präsidenten des Senats,  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,  
anlässlich des Neujahrsempfangs des Senats  
am 15. Januar 2025**



## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Gäste,

ich freue mich sehr, Sie alle hier in der Oberen Halle unseres wunderschönen Rathauses im Namen des Senats zum Neujahrsempfang 2025 begrüßen zu dürfen. Ich wünsche Ihnen allen ein gutes, ein erfülltes und vor allem auch gesundes neues Jahr.

Ganz herzlich willkommen!

Ich begrüße

- unsere Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft
- den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Peter Sperlich,
- die Abgeordneten des Deutschen Bundestags,
- den Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung in Bremerhaven, Torsten von Haaren, und die Damen und Herren Stadtverordneten,
- den Bürgermeister der Seestadt Bremerhaven Torsten Neuhoff
- sowie die Mitglieder des Konsularischen Korps aus Bremen, Hamburg und Hannover.

Schön, dass Sie alle hier sind!

Ich heiße meine Amtsvorgänger Henning Scherf, Klaus Wedemeier, Jens Böhrnsen und Carsten Sieling ebenso herzlich willkommen wie meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Senat und die ehemaligen Senatorinnen und Senatoren.



Außerdem begrüße ich ganz herzlich unsere Ehrenbürgerin, Barbara Grobien.

Ich freue mich ganz besonders darüber, dass wieder viele Repräsentantinnen und Repräsentanten aus unserer niedersächsischen Nachbarschaft den Weg zu uns gefunden haben. Das zeigt einmal mehr, dass die Menschen diesseits und jenseits der Landesgrenze eng miteinander verbunden sind. Seien auch Sie herzlich willkommen.

Ich danke den Bremer Philharmonikern unter der Leitung von Marko Letonja für die musikalische Umrahmung, sowie allen Frauen und Männern, die auch dieses Mal wieder „hinter den Kulissen“ zum Gelingen dieses Neujahrsempfangs und zum Wohlfühlen aller Gäste beitragen.

Und es ist mir eine große Freude, unseren heutigen Ehrengast willkommen zu heißen. Er ist Wirtschaftswissenschaftler und Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, vor allem aber ist er seit Jahren eine der profiliertesten Stimmen der Wirtschaftsforschung in Deutschland.

Schön, dass Sie unsere Zusammenkunft durch Ihre Gedanken bereichern werden. Wir alle freuen uns auf Ihren Vortrag. Herzlich willkommen Michael Hüther.

Meine Damen und Herren,

wenn man die Menschen in Bremen und Bremerhaven fragt, was sie vom Jahr 2025 erwarten, hört man zunächst viel Positives. Schließlich starten wir traditionell mit guten Vorsätzen ins neue Jahr und glauben zumindest in den ersten Tagen und Wochen auch noch fest an ihre Umsetzung. Außerdem sind wir als nüchterne Hanseaten Meister des realistischen Erwartungsmanagements. Wir wissen, was schon Theodor Fontane wusste: „Was wird das neue Jahr bringen? Es wird halt werden wie’s immer war, halb scheitern, halb gelingen.“



Aber wer genau hinhört, merkt einen dunkleren Unterton als sonst. Mehr Unsicherheit, mehr Sorgen und mehr Ängste. Alte Gewissheiten wackeln, Liebgewonnenes wird in Frage gestellt, bisher Udenkbares wird Realität:

- Seit über 1.000 Tagen herrscht Krieg in Europa. Russland zerbombt unablässig ukrainische Städte, zerstört Häuser und Straßen, Schulen und Krankenhäuser. Deutschland unterstützt die Ukraine mehr als alle anderen Länder in Europa, aber viele Menschen haben Angst, dass wir irgendwann selbst zur Kriegspartei werden. Und auch der Krieg im Nahen Osten, unter dem so viele unschuldige Menschen leiden, trägt zur Verunsicherung bei.
- Volksfeste und Weihnachtsmärkte sind wichtig für unser Zusammenleben, aber sie werden zunehmend das Ziel von Anschlägen. Nicht erst seit Magdeburg. Wir lassen uns vom Terror nicht einschüchtern. Aber es ist schwer, sich bei Weihnachtsstimmung zu entspannen, wenn überall Polizeiwagen und Betonpoller stehen.
- Auch die wirtschaftliche Lage gibt Anlass zur Besorgnis: Erst die Pandemie, dann die Energiekrise und jetzt die stockende Konjunktur. Tausende Arbeitsplätze wackeln, vor allem in der Industrie. Wir haben zu lange zu wenig investiert – in Straßen, Brücken und Schienen, in Schulen und Kitas, in neue Technologien. Jetzt ist die Sorge groß, dass wir den Anschluss verlieren und unser Wohlstand in Gefahr ist.
- Und schließlich droht der Klimawandel mit Flächenbränden, Wirbelstürmen und Überschwemmungen unser bisheriges Leben auf den Kopf zu stellen. Welche Konsequenzen das haben kann, mussten die Menschen in Borgfeld, Timmersloh und Lilienthal im letzten Jahr schmerzhaft erfahren.

Und als wäre das nicht genug, steht uns auch noch ein amerikanischer Präsident bevor, der lautstark über die Annexion des Panama-Kanals, die Übernahme Kanadas und die Einverleibung Grönlands nachdenkt. Notfalls mit Gewalt!



Meine Damen und Herren, da ist Unsicherheit längst nicht mehr nur ein irrationales Gefühl. Da verstehe ich jeden, der sich ernsthaft Sorgen um unsere Zukunft macht. Übrigens: Es kursieren im Internet schon Karten, auf denen auch das Land Bremen als US-amerikanischer Bundesstaat eingezeichnet ist. Wenn die wüssten, was das mit den Mehrheitsverhältnissen im Kongress machen würde. Wir brächten ja gleich neun zusätzliche Senatorinnen und Senatoren mit ;-).

Meine Damen und Herren,

Scherz beiseite. Die Menschen sehnen sich heute mehr denn je nach Verlässlichkeit und Beständigkeit, nach einem ganz normalen, friedlichen und planbaren Leben. Alle Umfragen zeigen das. Und das ist auch das, was mir in diesen Tagen in persönlichen Gesprächen verstärkt begegnet.

Die Politik sollte dieses Bedürfnis nach Sicherheit sehr ernst nehmen und in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Das bedeutet aber nicht, dass alles so bleiben kann wie es ist, oder dass wir in eine angeblich goldene Vergangenheit zurückkehren können. Das wäre ein großer Irrtum.

Im Gegenteil: Sicherheit bedeutet auch Wandel, Anpassung an neue Verhältnisse und Bewältigung neuer Herausforderungen. Und ja, das wird anstrengend. Das wird uns mehr abverlangen als bisher. Das wird alles andere als ein Sonntagsspaziergang.

Das wird auch deshalb alles andere als ein Sonntagsspaziergang, weil Unsicherheit nicht nur durch objektive Probleme entsteht. Sie wird auch bewusst geschürt. Von politischen Kräften, die von der Angst profitieren, die unsere Gesellschaft spalten und Hass sähen wollen. Die Feinde der Demokratie brauchen die Unsicherheit für ihre politische Agenda. In anderen Ländern, aber auch bei uns.



Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns deshalb weiterhin zusammenhalten gegen Hass und Hetze, gegen Ausgrenzung und Spaltung! So wie vor einem Jahr, als unter dem Motto „Laut gegen rechts“ rund 50.000 Menschen rund um das Rathaus für ein friedliches und weltoffenes Bremen aufgestanden sind. Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Einstellungen, aber einem gemeinsamen Ziel: Wir müssen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen ihre Feinde schützen. Und diese Aufgabe ist heute noch drängender als vor einem Jahr!

Meine Damen und Herren,

Die Menschen wollen Sicherheit. Aber was heißt das konkret? Sicherheit hat viele Dimensionen. Äußere, innere, soziale und ökologische Sicherheit hängen eng zusammen und bedingen einander. Diese verschiedenen Dimensionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern lassen sich nur gemeinsam realisieren.

Gleichwohl, so meine These, ist in der aktuellen Situation eins besonders wichtig: eine stabile wirtschaftliche Entwicklung. Warum? Eine starke Wirtschaft mit gut bezahlten Arbeitsplätzen ist die Grundlage für eine auskömmliche Finanzierung unseres Gemeinwesens. Sie ist die Grundlage für einen leistungsfähigen Sozialstaat, für sichere Nachbarschaften und Quartiere, für die Verbesserung unserer Verteidigungsfähigkeit und für die Bewältigung des Klimawandels. Und sie ist letztlich auch die Grundlage staatlicher Souveränität, damit Deutschland und Europa international selbstbewusst auftreten und den selbstverliebten Tech-Milliardären und autoritären Regimen dieser Welt erfolgreich die Stirn bieten können.



Herr Prof. Hüther wird uns gleich eingehend darlegen, wie unsere Wirtschaft fit für die Zukunft gemacht werden kann. Ich möchte mich auf einige wenige Anmerkungen beschränken:

- Erstens: Wir müssen investieren, investieren, investieren. In unsere Infrastruktur, in Bildung und Wissenschaft, in unsere Industrie und in neue Technologien. Da sind wir auch in Bremen und Bremerhaven gefordert. Um nur ein paar Stichworte zu nennen: Modernisierung und Ausbau der Häfen, Brückensanierung, Exzellenzinitiative, Aufbau eines Klimacampus, Transformation des Stahlwerks, Konverterbau, Attraktivierung der Innenstädte, Stärkung des Luft- und Raumfahrtstandorts und vieles mehr.

Auf einen Punkt möchte ich besonders hinweisen: Im Herbst findet erstmalig seit fast 50 Jahren wieder eine europäische Ministerratskonferenz in Bremen statt, zum Thema Raumfahrt. Und da müssen wir der Welt zeigen, was wir können.

Aber machen wir uns nichts vor: Ohne eine kluge Steuerpolitik und eine Reform der Schuldenbremse auf Bundesebene wird das mit der Investitionsoffensive nichts werden. Ich setze hier auf die Einsicht aller demokratischen Parteien, damit wir nach der Bundestagswahl endlich zu einer tragfähigen Lösung kommen.

- Zweitens: Wir brauchen mehr Fachkräfte, sonst nützen die besten Investitionen nichts: für unsere Unternehmen, für Kinderbetreuung und Schulen, für Krankenhäuser und Pflege. Wir müssen alles tun, um die in Deutschland lebenden Menschen so gut wie möglich auszubilden und zu qualifizieren. Wir wissen allerdings auch: ohne Zuwanderung wird es nicht funktionieren. Der internationale Wettbewerb um Talente ist in vollem Gange. Die Universität Bremen wirbt mit dem Slogan „Come as you are!“ – „Komm zu uns, so wie Du bist!“ Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen.



Übrigens: Die Studierenden-Zahlen an unseren öffentlichen und privaten Hochschulen entwickeln sich gegen den Bundestrend deutlich nach oben. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

- Drittens: Wir brauchen weniger Bürokratie und schlankere  
Verwaltungsverfahren: Was geht einfacher, welcher Antrag und welche Prüfung ist verzichtbar, was können wir besser digital machen? Das sind die entscheidenden Fragen. Im Baurecht haben wir mit dem Entrümpeln bereits begonnen. Im Transformationsrat arbeiten wir gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften daran, was sonst noch geht. Natürlich gibt es auch mal unterschiedliche Auffassungen, aber es dominiert der Wille, gemeinsam das Beste für Bremen zu erreichen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch einen vierten Punkt ergänzen. In seiner tausendjährigen Geschichte hat Bremen als Hafenstadt immer auf internationalen Austausch und Handel gesetzt. Nationale Abschottung und Protektionismus sind uns gewissermaßen wesensfremd.

Das gilt besonders für das Verhältnis zu den USA, das historisch immer eng war. Ich hatte schon nach der US-Wahl im November gesagt: „Amerika ist so viel mehr als Trump.“ Heute würde ich ergänzen: „Und Amerika ist auch so viel mehr als Musk.“

Deshalb ist es gerade jetzt, vor dem Hintergrund eines möglichen Handelskonflikts, wichtig, die Kontakte in die USA nicht zu kappen, sondern sie im Gegenteil noch einmal zu verstärken.



Ich freue mich, dass wir im Juni gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem Deutschen Städtetag zu einer deutsch-amerikanischen Bürgermeister-Konferenz einladen, zu der hoffentlich viele amerikanische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an die Weser kommen. Entstanden ist die Idee auf der ersten Bürgermeisterkonferenz vor gut einem halben Jahr in New-York. Dass wir uns jetzt, nur ein Jahr später hier in Bremen wiedersehen werden, das ist ein Signal, das man in diesen Zeiten nicht genug wertschätzen kann.

Meine Damen und Herren,

mein Fazit ist: Für eine gute Zukunft unseres Landes müssen wir mehr investieren, mehr ausbilden, weniger bürokratisieren und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel mutig vorantreiben.

Wir müssen den Menschen damit wieder mehr Sicherheit und Zuversicht geben.

Und wir müssen Kosten und Nutzen dieser notwendigen Entwicklung fair verteilen, damit sie bei den Menschen Akzeptanz findet. Bremen und Bremerhaven bieten als weltoffene und solidarische Gemeinwesen dafür die besten Voraussetzungen.

Lassen Sie uns gemeinsam im Alltag und bei der bevorstehenden Bundestagswahl die Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in ihre Schranken weisen. Denn die können nur zerstören, die haben keinen Plan für eine gute Zukunft.

Lassen Sie uns am 23. Februar deutlich machen, dass Hass und Hetze in unserer Gesellschaft keine Chance haben.

Lassen Sie uns mit Mut und Entschlossenheit für unsere Werte streiten: für Einigkeit und Recht und Freiheit.

Auf ein gutes Jahr 2025!